

24. April 2010

Motion über das Ausmass und die Entwicklung der Armut im Kanton Luzern

Der Regierungsrat des Kantons Luzern wird aufgefordert, das Ausmass und die Entwicklung der Armut im Kanton Luzern, sowie die geplanten Massnahmen im Finanz- und Aufgabenplan unter dem Titel „Soziale Wohlfahrt“ als Querschnittsthema darzustellen. Im Rahmen der Rechnungslegung soll jährlich über die realisierten Massnahmen und die erreichten Ziele informiert werden.

Begründung:

Die Armut in der Schweiz und in unserem Kanton nimmt zu. Es ist davon auszugehen, dass die Zahl der Menschen, die Sozialhilfe beanspruchen müssen, in den nächsten Jahren ebenfalls stark zunehmen wird. Die Armutsproblematik wird sich verschärfen, die Sozialhilfeausgaben von Gemeinden und Kanton entsprechend anwachsen. Ausmass, Entwicklung, Ursachen und Wirkungen werden jedoch zu wenig erfasst. Insbesondere der Effekt der sozialen Ausgrenzung durch Armut ist selbst in der politischen Diskussion nicht präsent. Das Thema Armut und ihre negativen Auswirkungen ist in der breiten Öffentlichkeit weitgehend ein Tabu.

Aus diversen Untersuchungen wissen wir, dass Armut verschiedene Ursachen hat. Wirtschaftliche Entwicklung, Arbeitslosigkeit und Aussteuerung spielen eine wichtige Rolle; mangelnde Ausbildung hat einen grossen Einfluss auf die Armut; Frühförderung und die Familienpolitik sind entscheidend, ob Armut „vererbt“ wird. Die Steuerpolitik hat Einfluss auf das verfügbare Einkommen: Menschen mit Migrationshintergrund haben im allgemeinen geringere Chancen im Arbeits- und Lehrstellenmarkt; Raumplanung hat Einfluss auf Integration oder Ausgrenzung von Armutsbetroffenen. Kurz, Armut und Armutsbekämpfung sind ein Querschnittsthema.

Um eine kohärente Politik in der Armutsbekämpfung möglich zu machen, ist es deshalb notwendig, dass der Kanton die Entwicklung der Armut und deren Ursachen systematisch darstellt und benennt. Nur so ist es möglich, dass Kanton und Gemeinden gezielt präventive Massnahmen zur Vermeidung der Armut beschliessen und für Betroffene adäquate Integrations- und Fördermassnahmen bereit stellen.

Felicitas Zopfi-Gassner